

Annoucen-  
Annahme-Bureau.

In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei C. J. Alrici & Co.  
Breitestraße 20,  
in Grätz bei J. Streifand,  
in Meseritz bei H. Matthias,  
in Breschen bei J. Jadesohn.

# Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Annoucen-  
Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. J. Paube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.

In Berlin, Dresden, Grätz  
beim „Invalidendank“.

Nr. 256.

Das Abonnement auf diese Zeitung drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reichs an.

Donnerstag, 12. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile ober deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

## Amtliches.

Berlin, 11. April. Der praktische Arzt Dr. Kornblum zu Wohlau  
ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Wohlau ernannt worden.  
Der Kreis-Bauinspektor Dannenberg zu Goldap ist in gleicher  
Amtseigenschaft nach Lud. D.-Br., der Kreis-Bauinspektor Schütte zu  
Allenstein in gleicher Amtseigenschaft nach Mastenburg und der Kreis-  
Bauinspektor Cartellieri zu Stallupönen in gleicher Amtseigenschaft  
nach Allenstein versetzt worden.

## Deutscher Reichstag.

63. Sitzung.

Berlin, 11. April. Am Tische des Bundesraths: Geh. Rath  
Bödiker.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr und  
theilt mit, daß nach einem Schreiben des Reichskanzlers an Stelle des  
Generalleutenants Verby du Vernois, Generalmajor Haenisch zum Be-  
vollmächtigten zum Bundesrath ernannt worden ist.

Für die durch den Eisgang der Weichsel Geschädigten hat  
der Präsident aus den ihm für die Rheinüberfluthungen zugegangenen  
Gaben vorläufig 5000 Mark bewilligt und spricht die Hoffnung aus, daß  
der Reichstag diese Zuwendung billigen werde.

Abg. Richter dankt dem Präsidenten für die Unterstützung der  
durch den Nothstand in seiner Heimath um Gab und Gut gekommenen  
Bevölkerung, schildert die schrecklichen Vermüthungen in der Weichselnie-  
derung und bittet, auch ferner die hart betroffenen Bewohner derselben  
mit Geld unterstützen zu wollen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der  
Kommission für die Gerichtsordnung über die Frage: ob das Man-  
dat des Abgeordneten für den 6. Wahlkreis des Königreichs Sachsen,  
Adermann, infolge seiner Ernennung zum königl. sächsischen Ge-  
heimen Hofrath für erloschen zu erklären?

Die Kommission beantragt durch ihren Referenten Dr. Porck:  
zu erklären, daß das Mandat des Abg. Adermann nicht erloschen  
ist, da mit dessen Ernennung zum Geh. Hofrath zwar ein Aufbruch  
von der vierten in die dritte Hofrangklasse, aber keine Veränderung der  
Funktionen oder eine Gehaltserhöhung verbunden ist.

Abg. Kayser (Sozialdemokrat): Da meine Partei in der Kom-  
mission nicht vertreten war, so haben wir nicht früher Gelegenheit ge-  
habt, unsere Einwendungen gegen den Kommissionsbeschluß vorzulegen  
zu lassen. Jedenfalls ist es Herrn Adermann selbst zweifelhaft ge-  
wesen, ob sein Mandat fortdauernd oder erloschen ist, denn sonst weiß  
ich nicht, welchen Zweck es gehabt haben kann, uns seine Ernennung  
zum Geheimen Hofrath mitzutheilen. (Heiterkeit). Da die Kommission  
aber zugestanden hat, daß damit eine Rangeserhöhung verbunden ist, so  
bitte ich, um beurtheilen zu können, ob in Folge dieser Ernennung  
auch das Mandat des Herrn Adermann erloschen ist, um Mittheilung  
darüber, ob derselbe vielleicht eine andere Uniform, oder etwa andere  
Schmüre oder Knöpfe erhalten hat. (Murren, rechts). Diese Ranges-  
erhöhung kann nur eine Belohnung für die politische Thätigkeit des  
Herrn Adermann gewesen sein und da scheint es mir, daß er richtiger  
gehandelt hätte, wenn er nicht die Kommission, sondern seine Wähler  
hätte entscheiden lassen, ob er weiter sein Mandat ausüben soll.

Abg. Dr. Windthorst tritt den Ausführungen der Kommission  
bei und würt dem Abg. Kayser vor, daß er diese Diskussion aus per-  
sönlicher Gehässigkeit gegen Herrn Adermann veranlaßt habe.

Abg. Richter: Der Titel Hofrath ist eben so gealtlos, wie der  
Titel Geheimen Hofrath und es wäre besser, wenn wir diese Titel in  
Deutschland überhaupt nicht hätten. Aber da mit der Verleihung  
dieser Titel keine Rangeserhöhung verbunden ist, wie sie in der Ver-  
fassung ausdrücklich bezeichnet sind, so bitte ich, den Antrag der Kom-  
mission anzunehmen. Es ist sehr bedauerlich, daß diese Angelegenheit  
so viel Druckkosten verursacht hat und wir dadurch in unseren Ge-  
schäften ausgehalten werden. (Beifall links).

Hierauf wird der Antrag der Kommission mit großer Mehrheit  
angenommen.

Sodann wird die zweite Berathung der Novelle zur Ge-  
werbeordnung fortgesetzt.

Nach dem Vorschlage der Kommission soll § 57a in Uebereinstim-  
mung mit der Regierungsvorlage folgende Fassung erhalten:  
Der Wandergewerbeschein ist in der Regel zu  
verfassen:

1. wenn der Nachsuchende noch nicht großjährig ist;
2. wenn er blind, taub oder stumm ist, oder an Geisteschwäche  
leidet.

Abg. Stolle (Sozialdemokrat) befürchtet, von der Verfassung  
des Wandergewerbescheins an minorene Leute eine Vermehrung der  
Bogabondage, da die betreffenden jungen Leute meist nicht in der Lage  
sind, ein anderes Gewerbe zu betreiben.

Abg. Dr. Baumbach ist mit der Fassung der ersten Zeile  
nicht einverstanden, und behält sich für die dritte Lesung einen Antrag  
auf fakultative Verfassung des Gewerbescheins an Minderjährige vor.  
Der § 57a wird darauf angenommen.

§ 57b lautet:  
Der Wandergewerbeschein darf außerdem nur dann verlegt werden:

1. wenn der Nachsuchende ein oder mehrere Kinder besitzt, für deren  
Unterhalt und, sofern sie im schulpflichtigen Alter stehen, für deren  
Unterricht nicht genügend gesorgt ist;
2. wenn er im Inlande einen festen Wohnsitz nicht hat;
3. wenn er mit Zuchthaus oder mit Gefängniß von mindestens  
sechs Wochen bestraft ist, oder seit Verbüßung der Strafe drei  
Jahre noch nicht verfallen sind, oder
4. wenn er wegen Verletzung der auf den Gewerbebetrieb im Um-  
herziehen bezüglichen Vorschriften im Laufe der letzten drei  
Jahre wiederholt bestraft ist.

Die Fortschrittspartei und die liberale Vereinigung beantragen,  
die Nr. 1 zu streichen und in Nr. 3 statt „sechs Wochen“ zu setzen  
„drei Monate“.

Abg. Maibauer motivirt diesen Antrag. Durch die Annahme  
der Kommissionsbeschlüsse würde ein Hausirer, der seinen Wandergewer-  
beschein vor seiner Heirath gelöst, nach seiner Heirath in die unan-  
genehme Lage kommen, daß die Erlaubniß, sobald seine Frau ihm Kin-  
der schenkt, zu seinem ferneren Gewerbebetriebe von dem Wohlwollen  
der Polizei abhängig ist. Versagt man einem Hausirer, welcher Famili-  
lieniater ist, den Gewerbebeschein, so macht man es ihm erst recht un-  
möglich, seine Kinder zu ernähren. Die Nr. 1 des Paragraphen macht

den Eindruck, als ob dem kinderlosen Hausirer eine Prämie zugebilligt  
werden soll. (Sehr wahr! links.) Jedenfalls wird man dadurch er-  
reichen, daß ein Hausirer sich das Heirathen sehr lange überlegen wird.  
Was die Nr. 3 betrifft, so haben wir geglaubt, nur dann dem Hausirer  
den Wandergewerbeschein versagen zu dürfen, wenn er eines ehren-  
rührigen Vergehens wegen bestraft worden ist. Früher war es Brauch,  
den Schein nur dann zu versagen, wenn eine Verurtheilung, bei der  
der Verlust der Ehrenrechte ausgesprochen war oder werden konnte,  
erkannt worden war, und wir wollen, daß man sich von diesem Grund-  
satz nicht entferne. Da aber nach dem Reichsstrafgesetze eine Aberken-  
nung der Ehrenrechte nur bei Verurtheilungen von mindestens 3 Mo-  
naten erfolgen darf, so haben wir von einer solchen Verurtheilung die  
Verfassung des Gewerbebescheins abhängig machen wollen.

Abg. v. Kleist-Nezow erklärt sich gegen den Antrag Baumbach.  
Die Kommission habe die Bestimmungen der Vorlage schon er-  
heblich gemildert. Thatsache sei übrigens, daß Hausirer sehr gern die  
Sorge für die Erziehung ihrer Kinder den Gemeinden ausführen.

Abg. Stolle (Sozialdemokrat) giebt zu bedenken, daß auch viele  
Invaliden, die sonst arbeitsunfähig sind, in dem Hausirergewerbe ihren  
Unterhalt finden. Diese würden bei weiterer Beschränkung des Hausirer-  
gewerbes den Gemeinden völlig zur Last fallen. Was solle ferner ein  
bestrafter Mensch anfangen, wenn er in dieser Weise in seinem Ge-  
werbe beschränkt wird? Bedauerlich sei namentlich, daß nicht die Ver-  
gehen genau bezeichnet werden, wegen deren er bestraft ist. Wollte man  
vielleicht auch politische Verbrechen von dem ehrlichen Gewerbe aus-  
schließen? Auch der Absatz 4 enthalte eine sehr verschärfte Bestimmung.  
Leuten, die zum Hausirergewerbe greifen müssen, könne es sehr leicht  
passiren, daß sie bestraft werden. Wollte man denn Seden, der wieder-  
holt bestraft ist, von diesem Gewerbe ausschließen?

Geh. Rath Bödiker konstatiert, daß die Bestimmungen des § 57b  
noch hinter die Bestimmungen der Gewerbeordnung vom Jahre 1869  
zurückgreifen; denn diese läßt die Unterfassung des Gewerbebetriebes  
schon wegen jeder erlittenen Gefängnißstrafe von sechs Wochen ein-  
treten, also auch wegen Uebertretungen, während jetzt nur Strafen  
wegen Verbrechen und Vergehens maßgebend sein sollen. Redner  
empfiehlt die Ablehnung des Amendements Baumbach.

Abg. Baumbach schlägt nunmehr in einem neuen Antrage fol-  
gende Fassung für die Nr. 3 vor:  
„wenn der Nachsuchende wegen Vergehens oder Verbrechen ge-  
gen das Eigenthum, gegen das Leben, gegen die Sittlichkeit  
oder wegen Verbreitens ansteckender Krankheiten mit min-  
destens drei Monaten Gefängniß bestraft ist  
und seit Verbüßung der Strafe drei Jahre noch nicht ver-  
fallen sind.“

Abg. Walter bittet dringend um Annahme des modificirten  
Antrages Baumbach, um auch diejenigen, welche sich gegen das Gesetz  
vergangen, nicht jeden ehrlichen Erwerb abzuschneiden.

Abg. v. Schalscha (Zentrum) hält den Mißbrauch der Behör-  
den bei Handhabung dieser Bestimmungen für ausgeschlossen. Nur  
böswillige oder konfuse Beamten könnten die Bestimmungen der Nr. 3  
auch auf solche Personen zur Anwendung bringen, welche nur wegen  
leichter, nicht ehrloser Handlungen bestraft sind.

Abg. Büchtemann: Gerade aus den Anfürungen des Vor-  
redners ergebe sich die Nothwendigkeit einer Beschränkung des diskre-  
tionären Ermessens der Polizei, wie dies der modificirte Antrag  
Baumbach anstrebt, und für welchen Herr v. Schalscha nach seinen  
Ausführungen ebenfalls stimmen müßte. Zu scharfe Bestimmungen  
führten stets zu Umgehungen, und das sei viel bedenklicher, als ein-  
zelne zu weit gehende Freiheiten.

Abg. v. Köller meint, daß der Vorredner die höheren Ver-  
waltungsbehörden mit den niederen Verwaltungsorganen verwechselt.  
Die Polizeibehörden würden von diesen Bestimmungen nur in den  
seltensten Fällen betroffen.

Abg. Dr. Baumbach vermag nicht abzusehen, weshalb ein Ver-  
gehen oder Verbrechen, das in seinem Zusammenhange mit dem Hausirer-  
gewerbe stehe, als Hinderungsgrund für die Ertheilung des Wandergewer-  
bescheines betrachtet werden solle. Der Unterschied zwischen den  
beiden Seiten dieses Gesetzes mache sich bei diesem Gesetze in recht  
scharfer Weise bemerkbar: dort (rechts) wolle man den Polizeistaat,  
hier (links) den Rechtsstaat. (Ho rechts).

Abg. Dirichlet: Die Herren auf der rechten Seite scheinen sich  
unter dem gegenwärtigen Polizeiregiment sehr wohl zu fühlen und  
vielleicht suchen sie nur einen Prügelknaben, an dem sie ihren Unmuth  
für frühere Vorkommnisse auslassen. Es ist bedauerlich, daß ein so  
wenig geeignetes Objekt, wie die Gewerbeordnung, dazu ausgesucht  
worden ist.

Abg. Stolle bringt mehrere Einzelfälle zur Sprache.  
Geh. Rath Bödiker erwidert, daß den Behörden aus den eben  
zur Sprache gebrachten Fällen kein Vorwurf zu machen sei. Uebrigens  
wiederhole er, daß die Gewerbeordnung von 1869 noch weitergehende  
Bestimmungen enthalte, und in der Kommission, welche diese vor-  
berathen, säßen auch liberale Mitglieder, u. A. die Abgg. v. Unruh und  
Braun-Viesbaden.

Die Debatte wird geschlossen und nach einigen persönlichen Be-  
merkungen zunächst Ziffer 1 des § 57b mit 142 gegen 142 Stimmen,  
also mit Stimmengleichheit dem Antrage Baumbach gemäß  
abgelehnt. (Das Resultat der Abstimmung ergibt sich aus der  
Fragestellung des Präsidenten: ob die Ziffer 1 der Kommissions-  
beschlüsse aufrecht zu erhalten oder nicht? Bei Stimmengleichheit  
müßte diese Frage als verneint gelten.)

Bei der Abstimmung über den modificirten Antrag  
Baumbach stimmen wiederum 143 für, 143 gegen denselben, derselbe  
ist danach abgelehnt. — Es folgt die Abstimmung über den evan-  
tuellen Antrag Baumbach in Nr. 3 statt „sechs Wochen“ „drei  
Monate“ zu setzen. Derselbe wird mit 144 gegen 143 Stimmen  
abgelehnt. Die Nr. 3 der Kommissionsbeschlüsse dagegen mit  
147 gegen 143 Stimmen angenommen und demnach der ganze  
Paragraph in der durch diese Abstimmung veränderten Fassung (also  
mit Streichung der Nr. 1) genehmigt.

§ 58 lautet in der Fassung der Kommission:  
Der Wandergewerbeschein kann zurückgenommen werden, wenn  
sich ergibt, daß eine der im § 57 Ziffer 1 bis 4, § 57a oder § 57b  
bezeichneten Voraussetzungen entweder zur Zeit der Ertheilung desselben  
bereits vorhanden gewesen, der Behörde aber unbekannt geblieben, oder  
erst nach Ertheilung des Scheines eingetreten ist.

Die Fortschrittspartei und die liberale Vereinigung beantragen,  
diesen Paragraphen zu streichen.

Abg. Dr. Baumbach: Diejenigen, welche glaubten, daß man

aus den im § 57 enthaltenen Gründen den Wandergewerbeschein nicht  
verfassen dürfe, werden auch jetzt gegen die Zurücknahme stimmen  
müssen. Die Zurücknahme kann unter Umständen viel empfindlicher  
wirken, als die Verfassung, da der Hausirer sich dann schon im Besitze  
einer vollständigen Einrichtung für sein Gewerbe befindet, das ihm  
dadurch werthlos wird und ihn ruinirt. Bedenklicher wird die Zurück-  
nahme noch dadurch, daß sie, während der Erlaubnißschein nur von  
der Behörde des Wohnorts ausgestellt werden kann, von jeder Behörde  
in Deutschland ausgesprochen werden kann. Hier wird die verschiedene  
Auslegung der Begriffe „schwindelhaft“ und „lieberlich“ jedenfalls viel  
Unheil anrichten. Man bedenkt gar nicht, daß der Schein doch nur  
für ein Kalenderjahr ertheilt wird, stellen sich wirklich Hinderungs-  
gründe im Laufe des Jahres ein, so wird wohl kaum eine Gefahr ent-  
stehen, wenn man dem Schein bis zum Jahresabschluß seine Gültigkeit  
läßt und sich damit begnügt, beim Jahresanfang dem Hausirer einen  
neuen Schein zu versagen.

Abg. v. Kleist-Nezow: Der Wandergewerbeschein wird nicht  
nur an Männer, sondern auch an Frauen ertheilt, und der Begriff der  
Lüderlichkeit ist bei diesen nicht allzu schwer festzustellen. Schwindel-  
haft ist gleichbedeutend mit muthersch, was aus den Verhandlungen  
über das Wucherergesetz entnommen werden kann. Die Konserwativen  
werden für den Antrag stimmen, weil sie davon durchdrungen sind,  
daß die Zurücknahme nach den gleichen Prinzipien, wie die Verfassung,  
erfolgen muß.

Abg. Meyer (Sena) hat nichts gegen den § 58 einzuwenden.  
Zurücknahme der Konzeption existirt auch in anderen Gewerben und  
wenn er auch zu stehen müße, daß sie ihm für das Wandergewerbe  
viel bedenklicher erscheint, so sei er doch nicht prinzipiell dagegen. Alle  
Bedenken wären durch die Annahme der Anträge des Abg. Baumbach  
zu § 57 beseitigt worden. Erst wenn die Verfassungsgründe in der  
dritten Lesung feststehen werden, werde seine Partei sich definitiv über  
den § 58 entscheiden.

Abg. Günther (Sachsen) hält den § 58 für eine Ergänzung  
zu § 57, der ohne ersteren seinen Zweck nicht ganz erfüllen könne. Der  
Paragraph ist schon deshalb nothwendig, weil die Polizei bei der Er-  
theilung des Scheines nicht Alles wissen kann, was geeignet ist, den-  
selben zu verlegen.

Abg. Maibauer: Bei der Unsicherheit der Begriffe, auf die  
es hier vor Allem ankommt, halten wir es für höchst bedenklich, diesen  
Paragraphen dem Gesetze zuzufügen. Derselbe sei eine Ungerechtigkeit  
und werde die Bogabondage vermehren, zu deren Bekämpfung die Kon-  
serwativen sich fets bereit erklären. Mit dem § 58 werde ein gefahr-  
liches Novum in die Gewerbeordnung eingeführt.

Geh. Rath Bödiker erklärt, daß § 58 durch die Petitionen der  
Magistrate großer Städte veranlaßt worden ist und daß im Jahre 1869  
bei der Berathung der Gewerbeordnung ausdrücklich das Recht der  
Zurücknahme des Scheines zugestanden worden ist.

Abg. Richter: Der § 58 führt uns wieder eine Stufe weiter  
zum Polizeistaat hinauf und deshalb ist es unerfindlich, daß die Na-  
tionalliberalen demselben zustimmen wollen. Nach den vielen Belästigun-  
gen, denen nun schon der Hausirer unterworfen ist, ist dieser Para-  
graph sicherlich unnöthig gewesen. Warum man nicht warten soll mit  
der Entscheidung des Scheines bis zum Jahresabschluß, ist ebenfalls un-  
begreiflich. Dann muß sich der Hausirer ja der ganzen Prozedur noch  
einmal unterwerfen und dann ist es jedenfalls noch Zeit, ihn vom  
Wandergewerbe auszuschließen. Das Bedenklicste dabei ist, daß die  
Zurücknahme auch dann erfolgt, wenn die Polizei bei der Ertheilung  
des Scheines nicht genügend über das Vorleben und die Eigentümlich-  
keiten des Hausirers unterrichtet war; wer garantirt uns denn dafür,  
daß die unteren Polizeiorane, die Amtsvorsteher u. die Leute nicht  
direkt hineinfallen lassen (Widerspruch rechts), damit führt man ein  
neues Recht ein, das z. B. in Preußen früher nicht bestand. Auch  
dort mußte die Konzeption für die Schankwirthe alljährlich erneuert  
werden, aber niemals wurde im Laufe des Jahres die Zurücknahme  
der Konzeption verfügt, wenn Thatsachen vorlagen, welche die Ver-  
längerung desselben für das neue Jahr ausschloßen. Wenn Sie den  
§ 58 nicht streichen, so beantrage ich den Passus zu streichen, daß die  
Zurücknahme auch dann erfolgen darf, wenn der Polizei bei Ertheilung  
der Konzeption nicht alle Thatsachen bekannt waren, die dieselbe un-  
möglich gemacht hätten.

Abg. v. Köller befreitet, daß der Amtsvorsteher die Kon-  
zeption ertheile, derselbe hat nur festzustellen, ob alle Bedingungen  
erfüllt sind, die das Gesetz verlangt. Die Ertheilung der Konzeption  
wird durch den Regierungspräsidenten bewirkt, ein Mißbrauch der  
Amtsbefugniß des ersteren kann also nicht eintreten. Die Zurücknahme  
muß nothwendigerweise noch im Laufe des Jahres erfolgen, wenn eine  
Bestrafung wegen Brandstiftung, wegen Vergehen gegen die Sittlich-  
keit gegen ihn erkannt worden ist, da ein solcher Mann viel Unheil  
beim Betrieb seines Gewerbes stiften kann. Wird dieser Paragraph  
angenommen, dann werden wir einen besseren Hausirerstand haben.

Abg. Richter (Hagen) hält seine Ansicht aufrecht, denn die  
Unterbeamten erstatten den Bericht, der für den Regierungsbezirker  
maßgebend ist.

Abg. v. Kleist-Nezow verwahrt die Unterbeamten gegen die  
ihnen gemachten Vorwürfe und erklärt, daß wenn doch einmal ein  
Mißbrauch der Dienstgewalt vorkommen sollte, die Beschwerde an das  
Oberverwaltungsgericht dem Publikum frei stehe.

Abg. Büchtemann bleibt dabei, daß der Schwerpunkt des  
Verfahrens bei der Konzeptionsertheilung in Berichten der Unterbeam-  
ten liegt.

Die Debatte wird darauf geschlossen und § 58 nach Ablehnung  
der Anträge Baumbach und Richter in der Fassung der Kommission  
angenommen.

§ 59 lautet:  
Einem Wandergewerbescheins bedarf nicht:

1. wer selbstgenommene oder rohe Erzeugnisse der Land- und Forst-  
wirthschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und  
Bienenzucht, sowie selbstgenommene Erzeugnisse der Jagd und  
Fischerei feilbietet.
2. wer in der Umgegend seines Wohnorts bis zu 15 Kilometer  
Entfernung von demselben selbstverfertigte Waaren, welche zu  
den Gegenständen des Wochenmarkterkehrs gehören, feilbietet  
oder gewerbliche Leistungen, hinsichtlich deren dies Landesgebrauch  
ist, anbietet.
3. wer selbstgenommene Erzeugnisse oder selbstverfertigte Waaren,  
hinsichtlich deren dies Landesgebrauch ist, zu Wasser ansährt und  
von dem Fahrzeuge aus feilbietet.
4. wer bei öffentlichen Festen, Truppenzusammensetzungen oder



anderen außergewöhnlichen Gelegenheiten mit Erlaubnis der Ortspolizeibehörde die von derselben zu bestimmenden Waaren feilbietet.

Die Landesregierungen können in weiterem Umfange den Gewerbebetrieb im Umherziehen mit Gegenständen des gemeinen Verbrauchs ohne Wandergewerbeschein innerhalb ihres Gebietes gestatten.

Abg. K a n s e r beantragte, dem Absatz 1 hinzuzufügen: „oder wer selbstproduzierte Waaren in eigener Person feilbietet oder durch Familienangehörige feilbieten läßt, und motiviert seinen Antrag damit, daß dadurch der Rest der Selbstständigkeit des Kleingewerbes gegenüber dem Großkapital gewahrt werde. Er hofft bei der Stellung, die das Zentrum und die Konservativen den Arbeitern gegenüber einnehmen behaupten, auf deren Unterstützung seines Antrages.

Abg. Dr. P a p e l l i e r beantragte, die Ziffer 1 des § 59 wie folgt zu fassen: „wer Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht, der Jagd oder Fischerei aufkauft oder feilbietet.“ Die Verwaltungsbehörden haben oft Eier und Hüner nicht als landwirtschaftliche Produkte angesehen und den Wanderbetrieb damit von besonderer Erlaubnis abhängig gemacht. Dieser Betrieb ist aber sehr nützlich und notwendig, ebenso für die Produktion, wie für die Konsumtion. Die Hausfrauen kaufen von den Bauern Alles auf, was diese nicht selbst brauchen und verwerten können. Durch dieses Hausgewerbe werden die Bauern auch nicht in die Nothwendigkeit versetzt, eines Hühners wegen in die Stadt zu kommen und die Stadtbewohner werden von der Unbequemlichkeit des Marktbesuches befreit.

Geb. Rath B ö d i k e r bittet, beide Anträge abzulehnen. Dieselben seien bereits in der Kommission diskutiert und verworfen worden. Neues zu ihrer Empfehlung sei auch heute nicht vorgebracht worden.

Abg. Dr. B r a u n empfiehlt den Antrag des Abg. K a n s e r. Der § 59 darf in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung nicht bleiben; diese Art von Gesezmacherei muß schließlich zu solchen Anomalien führen, daß bald rechts, bald links eine Majorität von einer Stimme erzielt wird. Besonders möchte ich mit Ihnen hier über die Erzeugnisse des Fischmarktes sprechen. Ehe ich so alt und umfangreich geworden bin, wie jetzt, habe ich, wie auch viele andere Mitglieder des Hauses, stark den Fischereisport betrieben und alle Parteien waren in dem Fischereiverein vertreten, der viel Gutes geleistet hat. Dies ist eine captatio benevolentiae an die Seite des Hauses, der ich anzugewandt nicht die Ehre habe. Im Fischereiverein waren wir immer der Meinung, daß man nicht allein für die Fischzucht, sondern auch für den Fischkonsum sorgen müsse. Dazu muß man den Betrieb des Fischverkaufs von allen Hindernissen befreien, die jetzt auf ihm lasten. Wird der § 59 angenommen, so bedarf es auch für den Fischverkauf im Umherziehen eines Gewerbescheines. Man kann aber doch nicht alle Fische auf den Wochenmarkt verweisen, da sie bis dahin leicht „saule Fische“ geworden sein können. Die Hauptsache ist also ein möglichst schneller Betrieb, der nur durch das Wandergewerbe oder die Fischweiber betrieben werden kann. Diese sehr wichtigen Fischweiber beschränken ihr Gewerbe nicht auf die Stadt ihres Wohnortes, und wenn sie heute, obwohl sie keinen Wandergewerbeschein haben, polizeilich nicht bestraft werden, so ist das ein Beweis, wie sehr man diesen Betrieb für notwendig hält. Lesen Sie die „Physiologie des Geschmacks“ von Brillat-Savarin und Sie werden sehen, daß Fische möglichst frisch gegessen werden müssen. (Seiterkeit.) Die Fischzucht und ein möglichst schneller Absatz der Fische ist auch von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, da man dem Volke dadurch eine wohlthätige und billige Nahrung verschafft. — Je mehr man ein Volk mit polizeilichen Gesezen beschneidet, je weniger werden sie ausgeführt.

Abg. v. S c h l a p o w s k i (Frauhaft) bemerkt dem Abg. Richter (Hagen), daß, wenn er ein Gesetz zur Beseitigung der Uebergriffe der Polizei einbringen wolle, er sich den Dank des Hauses verdienen werde. Die Polen würden jedenfalls dafür stimmen.

Das Haus vertagt darauf die Fortsetzung der Debatte bis Donnerstag 11 Uhr. Schluß 5½ Uhr.

### Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 11. April. Wiederholt hatte ich Sie in den letzten Tagen auf die gouvernementale Haltung des Herrn Windthorst als auf einen bemerkenswerthen Zug der Situation aufmerksam gemacht, auf den Eifer, den er bei der Verathung der Novelle zur Gewerbeordnung im Sinne der Regierung gerade ba entwickelte, als Viele erwarteten, die Publikation des Bündnisses mit Italien werde das Zentrum veranlassen, wieder die oppositionelle Seite stärker herauszuführen. Die Ansicht, daß dabei mehr im Spiele sei, als die kirchliche Abneigung gegen die Gewerbefreiheit, hat sich rasch bestätigt. Ein bekannter konservativer Abgeordneter aus der Provinz Sachsen, welcher zu den Intimen des Kanzlers gehört, hat von einem Diner bei diesem die Nachrichten in den Reichstag gebracht, daß dem Landtag eine kirchenpolitische Vorlage gemacht werden sollte. Mehrere von den „kleinen Ministern“ wußten von dieser Absicht auch heute noch nichts; aber nicht mit Unrecht bemerkten Foyer-Satiriker: wenn der bezeichnete, ehemalige Jagdfreund des Kanzlers die Vorlage ankündigte und die „kleinen Minister“ nichts davon wußten, so sei das eine doppelte Bürgschaft für die Wahrscheinlichkeit der Sache. Nach der Ansicht von Politikern, welche in die gegenwärtige kirchenpolitische Auffassung des Kanzlers eingeweiht sind, würde man es nicht mit einer Wirkung der — nach wie vor ergebnislosen — Verhandlung, mit der Kurie zu thun haben, sondern wieder mit der bekannnten Illusion des Fürsten Bismarck, daß es möglich sei, durch Konzessionen, welche das Wesen der neueren kirchenpolitischen Gesetzgebung, intact lassen würden, die katholische Bevölkerung so weit zufrieden zu stellen, daß das Zentrum nicht mehr einen kirchenpolitischen Kampf fortführen könnte. Es giebt sehr urtheilsfähige Politiker, welche besorgen, Fürst Bismarck könnte in der Verfolgung dieser Illusion so weit sich fortziehen lassen, daß er eine Abänderung der Falk'schen Geseze vorschläge, wodurch in der Hauptsache der Zweck des Windthorst'schen Antrags auf unbedingte Freigebung des Lebens der Messe und des Spendens der Sakramente erfüllt würde — d. h. von jener ganzen Gesetzgebung nur die leere Schaal übrig bliebe. Daß für eine solche Konzession dem Zentrum sehr viel feil sein würde, versteht sich von selbst. Was z. B. die Erhöhung der Holzölle betrifft, an welcher dem Reichskanzler mehr gelegen ist, als an irgend einer Vorlage seit dem Zolltarif von 1879, so hängt die Entscheidung bis jetzt von den Polen und einer kleinen Anzahl bayrischer Klerikaler ab, deren Wahlkreise an der Ablehnung der Vorlage direkt interessiert sind. Die Polen haben bestimmt erklärt, gegen dieselbe votiren zu wollen. Aber wie, wenn Herr Windthorst im Stande wäre, auf Grund einer kirchenpolitischen Vorlage, welche abermals Zugeständnisse machte, von der Kurie eine Anweisung an die Polen und an

die paar rentirenden Klerikalen aus Bayern zu extrahiren, im höheren Interesse der Kirche für die Erhöhung der Holzölle zu stimmen? Freilich giebt es auch — dies muß zur Bervollständigung des Stimmungsbildes ebenfalls erwähnt werden — Skeptiker, welche andeuten, das Gerücht von einer kirchenpolitischen Vorlage sei nur ein Schaugericht, bestimmt, das Zentrum und seine Affilirten zur Botirung der Holzölle-Vorlage zu veranlassen — worauf es mit den Konzessionen ungefähr ebenso „wieder nichts“ sein würde, wie im vorigen Jahre mit der Durchführung des sog. Ultimo-Gesezes. Für das letztere hatte das Zentrum indeß bekenntlich keine Gegenleistung gewährt; betreffs einer solchen pflegt Herr Windthorst „sicher zu gehen“.

— Unser Berliner K. Korrespondent schreibt uns:

Während das „Deutsche Tageblatt“ versichert, daß die verbündeten Regierungen nicht gewillt seien, in der Militärpensionsfrage auch nur irgend welche Konzessionen zu machen, erklärt die „Neue Preussische Zeitung“ diese Angabe schon deshalb für nicht zutreffend, weil die Verhandlungen über die Militärpensionsfrage im Reichstage ihrem Abschluß noch keineswegs nahe seien. Es liege auf der Hand, daß nachdem die Kommissions-Verhandlung absichtlich hinausgeschoben worden, die verbündeten Regierungen nicht schon jetzt, im Voraus, einen bindenden Beschluß darüber fassen werden, welche Stellung sie den noch zu erwartenden und bisher unbekanntem Anträgen der Kommission gegenüber demnächst einnehmen wollen. Nach meinen, wie ich glaube, sehr guten Informationen hat jedoch das „Deutsche Tageblatt“ mit seiner bestimmten Versicherung, daß die Regierungen keine Konzessionen machen werden, Recht, namentlich wenn man dies, wie es offenbar gemeint ist, auf die Forderung der Kommunalbesteuerung der Offiziere bezieht.

— Daß eine abermalige Vertagung des Reichstags nicht in Frage stehe, ist bereits von uns berichtet worden. Dagegen wird es nach einer Notiz in der „Börs. Ztg.“ in parlamentarischen Kreisen für nicht ausgeschlossen gehalten, daß der preussische Landtag erneut von jener Maßregel betroffen werden könnte, und zwar, wie es heißt, zu dem Zwecke, um die Verathung und Erledigung der Puttkamer'schen Verwaltungsgeseze zu sichern. Indessen bleibt es auch hier fraglich, ob das Interesse des Fürsten Bismarck an jenen Vorlagen so weit geht, um ihn zu der Extrahirung einer neuen königlichen Vertagungs-Verordnung zu veranlassen.

— Nach einer Mittheilung der „Berl. Börs.-Ztg.“ erwartet man den Abschluß des neuen Deutsch-Spanischen Handelsvertrages schon für die nächsten Tage. Wenn Madrider Blätter behaupten, daß die Wiederaufnahme der bereits einmal abgebrochenen Unterhandlungen durch ein längeres, eigenhändiges Schreiben des Fürsten Bismarck, also von deutscher Seite, veranlaßt worden sei, so entspricht dies den Thatfachen keineswegs. Vielmehr ist, wie die „Börs.-Ztg.“ erfährt, die Anregung dazu von spanischer Seite ausgegangen. Man hatte in Madrid die Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung Anfangs recht lässig betrieben und selbst dann keinen besonderen Eifer an den Tag gelegt, als der Termin für die Verlängerung des Handelsvertrages resultatlos verstrichen war. Als aber die deutsche Reichsregierung nach dem 15. März den Antrag auf Retorsionszölle gegen Spanien im Bundesrathe einbrachte und es auch an Zeichen dafür nicht fehlen ließ, daß sie willens sei, die empfindliche Niederlage, die Spanien ihr in wirtschaftspolitischer Hinsicht bereitet hatte, bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit auf dem Gebiete der europäischen Politik zu vergelten, da erkannte die spanische Regierung erst, was für einen großen Fehler sie begangen hatte, als sie sich ohne besondere Ursache mit dem mächtigen deutschen Reiche in wirtschaftspolitischer Hinsicht überworfen hatte. Sie war es, die jetzt alle Anstrengungen machte, die abgebrochenen Verhandlungen von Neuem in Fluß zu bringen.

— Die „Prov.-Korr.“ ist natürlich von dem Ergebnisse der Wahl in Ostere-Neidenburg sehr befriedigt. Sie sagt am Schluß eines längeren Artikels:

„Weil dem Wahleresultat in dem Kreise Ostere-Neidenburg keine „symptomatische“ Bedeutung beizulegen ist und weil dasselbe mit plötzlichen Wandlungen und „Umschlägen“ in der öffentlichen Meinung nichts zu thun hat, wird dasselbe doppelt willkommen geheißen werden müssen. Der von den Konservativen erwartete Wahlsieg stellt sich als Ergebnis des gesunden Wachstums einer politischen Auffassung dar, welche in langsamem, aber unaufhaltbarem Vorschreiten begriffen ist, und gerade darum die Gewähr eines dauernden Bestandes in sich trägt.“

Ohne die mit allen Kräften und Einflüssen betriebene Agitation für den konservativen Kandidaten wäre das „gesunde Wachstum einer anderen politischen Auffassung“ sicher nicht in die Erscheinung getreten.

Das halbamtliche Blatt beschäftigt sich ferner in einem längeren Artikel mit der Reaktivirung des Staatsraths. Es ist im Ganzen nur eine Wiederholung der unklaren Phrasen, welche wir über diese Institution schon längst in der „Nordb. Allg. Ztg.“ gelesen haben. Das einzig Interessante daran ist nur das Eingeständniß, der Staatsrath habe auch den Zweck, „den Abgeordneten in der Stellung von Abänderungsanträgen Beschränkung“ aufzulegen. Ob die Volksvertreter diesen verdeckten Maulkorbzweck acceptiren werden, bezweifeln wir allerdings.

— Wie der „Essener Zeitung“ aus Münster gemeldet wird, fand dort am 10. d. M. im Rathhaussaale unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Böhle eine zahlreiche, hauptsächlich aus Anhängern der Zentrumsparthei bestehende Versammlung hervorragender Einwohner von Münster und Umgegend statt zu Gunsten der Vorlage betreffend den Bau eines Kanals von Dortmund nach der unteren Ems. Die Versammlung beschloß dem Landtage folgende Resolution zugehen lassen:

„In Anbetracht des außerordentlichen Interesses, welches das gesammte Münsterland an dem Zustandekommen des Kanals nimmt, sprechen die Unterzeichneten die dringende Bitte aus, die Regierungsvorlage im Landtage nach Kräften unterstützen zu wollen, hegen in dessen die Erwartung, daß die Grunderwerbstkosten nicht von den be-

rührten Gemeinden, sondern nach Maßgabe der durch den Kanal gesörderten Interessen aufgebracht werden.“

Die Revolution war schon vor Beginn der Versammlung mit mehr als 700 Unterschriften bedeckt.

London, 9. April. Gestern Vormittag war es in Birmingham bekannt geworden, daß aus dem Laden, der von dem Volksmunde „Dynamit-Defillier“ genannt worden ist, die Fortschaffung der von Whitehead darin zurückgelassenen Sprengstoffe im Laufe des Tages erfolgen werde. Allgemein befürchtete man einen Unfall und es entstand eine wahre Panik. Diejenigen, welche in der Nähe des Ladens und Verderben drohenden Magazins wohnten, verließen ihre Häuser und sie haben, obwohl die Sache ohne Unheil vorüberging, sehr wohl daran gethan. Der aus der Nobel'schen Dynamitfabrik in Glasgow herbeigerufene Sachverständige Macready fand nämlich, daß das Nitro-Glycerin in einem Zustande der höchsten Explosionsfähigkeit befand. Unter Anwendung der größten Vorsichtsmaßregeln, dabei aber mit bewundernswürdiger Kaltblütigkeit und Sicherheit, ging er daran, das Nitro-Glycerin durch einen Zusatz von feiner Erde in Dynamit umzuwandeln, was auch bei dem in mehreren Kübeln befindlichen Sprengstoffe schnell und sicher geschah. Die größte Verlegenheit bereitete jedoch die in einem irdenen Gefäße befindliche Masse von 170 Pfund Nitro-Glycerin; es mußte in einen Kübel überschüttet werden, und Mr. Macready hielt dies für so gefährlich, daß sich mit Ausnahme der ihm freiwillig Hilfestellenden (ein Reporter und Dr. Hill) alle übrigen Personen zurückzogen. Auch diese Operation gelang: ein gewisser Centner Dynamit wurde fabrizirt und der Sprengstoff sodann in der weniger gefährlichen Form nach der 5 Meilen entlegenen städtischen Kiesfarm gebracht, wo Mr. Macready zuerst ein kleines Häufchen mit einem Zigarrenzylinder in Brand steckte und nach und nach die ganze Masse ohne Unfall verbrannte. Er äußerte sich dahin, daß Whitehead offenbar in der Herstellung des Nitro-Glycerin wohlverfahren war; bei den ungünstigen Verhältnissen, unter denen er arbeitete, sei es jedoch ein wahres Wunder zu nennen, daß keine Explosion vorgekommen. Das vorgefundene Nitro-Glycerin hätte hingeworfen, die Häuser im Umkreise von 600 Schritten in einen Schutthausen zu verwandeln. Auf dringendes Eruchen des Stadtrathes von Birmingham wurde am Sonnabend mittelst Separatzugs eine Abtheilung Kavallerie dorthin entsandt, um die Polizei in dem verstärkten Wachdienste zu unterstützen. Die hiesige Polizei will auch im Besitze ganz zuverlässiger Nachrichten über eine weitere im Laufe der vorigen Woche hier eingelangte bedeutende Sendung von Dynamit oder Nitro-Glycerin sein, die, wie man vermuthet, irgendwo in der Nähe von Regentstreet deponirt ist. Alle Bemühungen, dieses Sprengstofflager aufzufinden, waren bisher vergeblich und es waltet darum ein leicht erklärliches Gefühl des Unbehagens und der Unsicherheit vor. Die Wachposten bei allen öffentlichen Gebäuden wurden neuerdings verstärkt und auch ein Linieninfanterie-Regiment wird jetzt nach London beordert werden, da die Garde nicht mehr ausreicht, den starken Wachdienste zu versehen. Sämmtliche Gefangenen wurden übrigens auf Grund eines vom Minister des Innern erteilten Befehls aus dem für nicht genügend sicher erachteten Polizeigefängnisse in das Staatsgefängniß in Milbank übergeführt, wohin sie von einer starken Abtheilung Polizeimannschaft, die mit geladenen Revolvern bewaffnet war, eskortirt wurden.

Paris, 11. April. (Telegramm.) Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Nachrichten aus Tonkin: Die Ankunft der vom „Correze“ gebrachten Verstärkungen hatte gegen Ende Februar d. J. unter den Anhängern der anamitischen Manbarinen große Erregung hervorgerufen. Letztere versuchten den Flußarm, welcher nach Hanoi führt und den die Zitabelle von Mandink beherrscht, abzusperrten, der französische Befehlshaber am Fluße sah sich daher zur Erhaltung der Verbindung genöthigt, am 27. März die Zitabelle zu besetzen. Ebenso besetzte derselbe die Stellung von Donghau in der Bay von Along, der französische Vertreter am Hofe von Hue, der bereits der Gegenstand von allerhand Turbationen war, die sich leicht verschlimmern konnten, hielt deshalb seine Abreise für geboten und ist mit seinem ganzen Personale gegenwärtig in Saigon eingetroffen.

Petersburg, 10. April. Das „Journal de St. Petersbourg“ erhält auf privatem Wege nähere Mittheilungen über die letzten Augenblicke G o r t s c h a l o w s, worin es heißt: Gortschakow litt in Baden seit dem 26. Februar bereits unangenehm an Brechanfällen. Am 4. März gab nach einer ärztlichen Verathung Professor Bräunler aus Freiburg nur wenig Hoffnung, am 8. erkannte die Aerzte eine merkliche Besserung, aber schon am selben Abend erfolgte plötzlich ein Umschlag. Am 10. war der Fürst ohne Bewußtsein. Als er in der Nacht zum 11. starb, waren beide Söhne bis zum letzten Seufzer am Bett. Diese zuverlässigen Mittheilungen, fügt das Blatt hinzu, beantworteten die Sensationsberichte, welche durch die Blätter verbreitet worden sind und so beharrlich auftraten, daß selbst die Justiz ihnen Aufmerksamkeit schenkte. Die Aerzte Badens wußten ohne Zweifel nicht, daß der Kaiser seit zehn Jahren schon diesen Brechanfällen unterworfen war, die schon mehr als einmal für sein Leben fürchten ließen. Mit dem Alter hatten diese Anfälle zugenommen und mußten damit enden, den Kranken hinwegzuraffen.

### Locales und Provinzielles.

Posen, 12. April.

Personalien. Bei dem hiesigen königl. Eisenbahn-Betriebsamt der Oberschlesischen Eisenbahn ist an die Stelle des am 1. d. M. nach Harburg verlegten Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspectors M e l s t r o s jetzt der Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector P a u l y getreten. — Die Postpraktikanten G e n s c h m e r beim hiesigen Postamte 1 und G r a h n i c k e l beim Postamte in Kempen, Abz. Posen, sind zu Postsekretären ernannt und etatsmäßig angestellt worden.

Feuer. Gestern Abend 7½ Uhr wurde die Feuerwache von der Feuerstation Polizei aus alarmirt. Im Atelier des Photographen Rivoli, Berliner- und Bismarckstraßen Ecke, waren die Vorhänge, Teppiche etc. auf bis jetzt nicht ermittelte Weise in Brand gerathen. Die Feuerwachen, welche schnell erschienen, hatten nur noch an den Leisten, an welchen die Vorhänge befestigt waren, die glimmenden Reste mit einigen Eimern Wasser abzulöschen und rückten dann auch bald wieder auf ihre Stationen ab. Da die Wandungen und das Dach des Ateliers meist aus Glasstücken bestanden, so mag bei der schnellen Verbreitung des Feuers auf die Vorhänge bei dem dort vertheilten Publikum die Meinung erweckt worden sein, daß der Brand sehr gefährlich sei und erkundete dann auch bald die Feuerstation, welche jedoch bald verstummte, als die Feuerwachen in kurzer Zeit mit den Spritzen wieder abrückten. Ebenso entfernte sich auch bald das zahlreich erschienene Publikum.



**Aus dem Gerichtssaal.**

Freiburg, 10. April. Um 4 Uhr wurde gestern das am Morgen abgebrochene Zeugenhör über das Suggelter Eisenbahn-Unglück wieder aufgenommen. Die Zerföhrung (Zermalmung) der Schwellen wird von verschiedenen Zeugen so erklart, das sie von der entgleisten Maschine herrühre, die längere Zeit über die Schwellen dahingefahren sein soll, während der Angeklagte Schlatterer behauptet, die Maschine sei sofort von den Schienen auf die Wiesen geschleudert worden. Dieser Ansicht kommt eine Aeußerung des Zeugen Bissinger sehr nahe, der sehr Wichtiges deponirt. Maschineninspektor Bissinger aus Karlsruhe hat die Bemerkung gemacht, das die noch festgebliebenen, nicht umgekehrten Schienen von der Geleismitte auswärts (conca) ausgebaucht waren. Er behauptet, das dies nicht von der Maschine, sondern von den Wagen herrühre, die beim Einbrechen des Packwagens in den Dohlen momentan eine Hemmung erfuhren, und dieser Stoß habe die Ausbiegung zur Folge gehabt. Das die Maschine nicht neben den Schienen auf den Schwellen sich fortgeschoben habe, schließt Zeuge aus der unzerlegten Fensterrückwand, die aus Blech bestehe, das von dem nachfolgenden Packwagen, der größere Geschwindigkeit hatte, hätte beschädigt werden müssen. Nicht minderes Aufsehen macht die Aussage des Heizers Sutter, der seine in der Voruntersuchung für den Maschinenführer gemachten Angaben dahin rektifizirt, das er nicht lange vorher einen unsicheren Gang der Maschine bemerkte, sondern erst in dem Augenblick, als diese gehoben und im Ru seitwärts geworden wurde. Zwischen Signalgebern, Bremsen und Entgleisen sei nur eine verschwindende Zeit gewesen. In der heutigen Fortsetzung des Zeugenhör ist von Bedeutung die Aussage des Prof. Baumeister (Karlsruhe), des Erbauers der Bahn. Er erklart, dieselbe genau nach den Vorschriften der Direktion ausgeführt zu haben. Als Betriebsbeamter hätte er den fraglichen Zug auf solcher Bahn nicht verantwortet, da die Anlage den Begriff der Selbstbahn voraussetze. Zugmeister Wipfeler (Heidelberg) bringt 5 Verweigerungen geordneter Bremsen zur Sprache, weshalb er theilweise einen Verweis erhielt. Zeuge hatte nicht den Muth, bei der Generaldirektion zu klagen. Seine Auslagen erregen große Sensation wegen des unerhörten Verhaltens der Bahnverwaltung.

**Permisches.**

\* Ueber die Weichselverhältnisse schreibt die „Danz. Btg.“ unterm 11. April: Der Weichselgang darf nunmehr in der Hauptsache als beendet angesehen werden. Die Eisstopfung bei Thorn ist jetzt bis auf die an den Ufern zurückgebliebenen Reste verschwunden und die Wasserstraße von Warschau bis Plehnendorf so ziemlich eisfrei, weshalb die Plehnendorfer Schleuse schon morgen für die Schifffahrt wieder eröffnet werden soll. Bei Warschau ist das Wasser auch gestern um einige 20 Zentimeter gefallen. Der Bug ist nach den heute hier eingegangenen Nachrichten ebenfalls eisfrei, hat jedoch einen sehr hohen Wasserstand. Bei Thorn fällt das Wasser ebenfalls. Die dortige verandete Hafeneinahrt wird wieder ausgebagert und das Ufer von den aufgetriebenen Eisschollen geäubert. — Aus Biedel ist heute die telegraphische Meldung eingegangen, das die Eisstopfung in der Rogat oberhalb der Wilener Waachtube heute Morgens 3 Uhr abgesehen ist und der Kanal sowie die obere Rogat jetzt ebenfalls ziemlich eisfrei ist. — Bei Plehnendorf hat nach den heutigen Nachrichten das Eisstreifen gänzlich aufgehört. Das auf der Nebrung stationirte Pionier-Kommando soll nun auch zurückberufen werden, da die Bewohner der militairischen Gilt nicht mehr bedürfen und zur Wiederinhabung der Durchbruchstellen in den benachbarten Ortschaften genügende Arbeitskräfte vorhanden sind, die auch bereits bei diesen Arbeiten beschäftigt werden. — In der Elbinger Weichsel liegt die Eisstopfung von Kufuskrug bis Fiederbabe noch vollständig fest. Auch ist die Eisbude von Kadenwalde bis Grenzendorf zum größten Theil noch in ihrer alten Lage. Das Wasser ist in den letzten Tagen sehr gefallen und in das bisherige Strombett zurückgekehrt, auch ist die Strömung bedeutend geringer geworden. Das Haffeis ist in voriger Nacht abgegangen und der Elbinger Hafen wieder schiffbar geworden.

**Telegraphische Nachrichten.**

Wien, 11. April. Im Abgeordnetenhaus erklärte bei der Debatte über die Vergebung des Baues der Böhmischnährischen Transversalbahn der Handelsminister, Baron Pino, er sehe in dem Antrage auf Ausschließung der Generalunternehmung einen Eingriff in die Exekutive der Regierung und er würde nicht in der Lage sein, die Sanktion des Gesetzes mit dieser Bestimmung zu erwirken. Bei der namentlichen Abstimmung wurde der vorbezeichnete Antrag mit 156 gegen 145 Stimmen abgelehnt.

Paris, 10. April. Die an heutiger Börse verbreiteten Gerüchte über die Konversion der Rente, sowie über den Rücktritt des Finanzministers Tirard werden von der „Agence Havas“ als ungenau und verflücht bezeichnet. Auch der Syndikus der Wechselagenten ist vom Ministerium beauftragt, die Gerüchte für völlig unbegründet zu erklären.

Paris, 11. April. Der Konseilspräsident Ferry konferirte heute Vormittag mit dem Finanzminister Tirard. — Die „France“ sagt, Tirard sei der Meinung, das die Verhandlungen mit den Eisenbahnen fehlschlagen müßten; das Gleichgewicht des Budgets sei daher nur möglich durch die Konversion der Rente. Mehrere Journale stellen Betrachtungen über die Fluktuationen an der heutigen Börse an und fordern die Regierung auf, ihre Absichten offen kundzugeben. Der „Temps“ konstatiert, das eine Anleihe erst für 1884 nothwendig sei und erinnert daran, das die Darlegung der Motive zu dem Budget für 1884 die Absicht, eine Anleihe von 300 Millionen für öffentliche Arbeiten aufzunehmen, durchblicken ließe und das in diesem Budget ein Posten von 13 Millionen als Kostenbetrag für die vorgesehene Anleihe figurire.

Konstantinopel, 10. April. Wie versichert wird, hat Karifi Pascha den russischen Botschafter dringend aufgefordert, Instruktionen hinsichtlich der Libanonfrage einzuholen, da die Vollmachten Rustem Paschas am 23. d. erlöschten. — Es bestätigt sich, das der Aisiodampfer „Nyebin“ den Fürsten von Bulgarien, welcher auf seiner Reise nach Griechenland dem Sultan einen Besuch abzustatten beabsichtigt und einige Tage dessen Gast sein soll, von Barua abholen wird.

Kairo, 11. April. Meldung der „Agence Havas“. Durch ein demnächst erscheinendes Dekret wird eine Kommission von 3 Mitgliedern für die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes nach dem Plane Lord Dufferin's eingesetzt werden.

Washington, 10. April. Nach dem vom Departement für Landwirtschaft über den Saatenstand erstatteten Bericht war der Stand des Winterweizens am 1. d. M. auf 80 gegen 104 zu demselben Zeitpunkt des Vorjahres zu veranschlagen, der Stand des Winterroggens betrug im mittleren Durchschnitt 94.

Washington, 11. April. Das landwirthschaftliche Bureau macht bekannt, das eine Schätzung des Ertrages des Frühjahrweizens noch unmöglich sei, da die Arbeiten für die Aussaat Anfang April nirgends beendet gewesen seien.

Pest, 12. April. Der Justizauschuß des Abgeordnetenhauses hat den Gesetzentwurf, betreffend die Eheschließung zwischen Juden und Christen, mit sechs gegen fünf Stimmen als Grundlage für die Spezialdebatte angenommen. Der Justizminister sprach gegen die Aufhebung der kirchlichen Gerichtsbarkeit; mehrere andere Redner bekämpften den Entwurf und verlangten die Einführung einer wirklichen Civilehe.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen. Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

**Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.**

| Datum         | Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 82 m Seehöhe | Wind      | Wetter  | Temp. i. Cel. Grad. |
|---------------|--|-----------|---------|---------------------|
| 11. Nachm. 2  | 757,5  | N schwach | bedeckt | + 8,0               |
| 11. Abnds. 10 | 756,3  | W mäßig   | bedeckt | + 3,8               |
| 12. Morgs. 6  | 754,8  | W schwach | bedeckt | + 0,5               |

Am 11. Wärme-Maximum: + 8°0 Cel.  
Wärme-Minimum: + 2°2 "

**Wasserstand der Warthe.**

Posen, am 11 April Roggens 1,74 Meter.  
" " 11. " Roggens 1,74 " "  
" " 12. " Roggens 1,72 "

**Telegraphische Börsenberichte.**

**Bonds-Course.**

Frankfurt a. M., 11. April. (Schluß-Course.) Gedrückt. Lond. Wechsel 20,452. Pariser do. 81,075. Wiener do. 170,70. R.-M. S.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 101½. R.-M.-Anst. 127½. Reichsanl. 102½. Reichsbank 149½. Darmst. 155½. Meining. Ht 98½. Dett.-ung. St. 709 50. Kreditaktien 270½. Silberrente 67½. Papierrente 66½. Goldrente 83½. Ung. Goldrente 76½. 1860er Loose 121. 1864er Loose 319 50. Ung. Staatsl. 228,00 do. Ost.-Nbl. II. 96½. Böhm. Westbahn 264½. Elisabethb. —. Nordwestbahn 176½. Galizier 264½. Franzosen 293. Lombarden 126½. Italiener 91½. 1877er Russen 89½. 1880er Russen 72½. II. Orientanl. 57½. Centr.-Pacifc 112½. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 57½. Wiener Bankverein 95. 5½ österr. österr. Papierrente 79½. Buschbröder —. Egvpter 76½. Gotthardbahn 126½. Türken 12½. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 270½, Franzosen 293½, Galizier 264½, Lombarden 126½, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, Egvpter —, Gotthardbahn —.

Frankfurt a. M., 11. April. Effekten-Societät. Kreditaktien 270½, Franzosen 293½, Lombarden 127, Galizier 264½, österr. Papierrente —, Egvpter 76½, III. Orientanl. —, 1880er Russen —, Gotthardbahn 126½, Deutsche Bank —, Nordwestbahn —, Elbthal —, 4proz. ung. Goldrente —, II. Orientanleihe —, Böhmisches Nordbahn —, Fester.

Wien, 11. April. (Schluß-Course.) Geschäftlos. Papierrente 78,40. Silberrente 79,00. Oesterr. Goldrente 98,05. 6proz. ungarische Goldrente 120,45. 4proz. ungar. Goldrente 90,00. 5proz. ungar. Papierrente 88,00. 1854er Loose 120,00. 1880er Loose 131,75. 1864er Loose 167,50. Kreditloose 170,75. Ungar. Prämien 115,75. Kreditaktien 316,25. Franzosen 341,25. Lombarden 148,80. Galizier 308,80. Kasch.-Oberb. 147,00. Nordböhmer 149,75. Nordwestbahn 206,00. Elisabethbahn 216,25. Nordbahn 2787,50. Oesterr. ungar. Bank —. Türkl. Loose —. Unionbank 117,50. Anglo-Austr. 116,50. Wiener Bankverein 110,00. Ungar. Kredit 311,75. Deutsche Wähe 58,50. Londoner Wechsel 119 60. Pariser do. 47,40. Antwerpen do. 99,30. Napoleons 9,48½. Dukaten 5,62. Silber 100,00. Marknoten 58,52½. Russische Banknoten 1,18½. Bemberg-Geromow —. Kronpr.-Rudolf 165,00. Franz.-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Elbthal 228,50. Transvaal 225,80. Buschbröder —. Oesterr. 5proz. Papier 93,16.

Wien, 11. April. Ungar. Kreditaktien 312,50, österr. Kreditaktien 316,80, Franzosen 341,75, Lombarden 148,50, Galizier 305,75, Nordwestbahn —, Elbthal 223,50, österr. Papierrente 78,40, österr. Goldrente —, 6proz. ungar. Goldrente —, do. 5proz. Papierrente 88,05, 4proz. ungar. Goldrente 90,07½, Marknoten 58,52½, Napoleons 9,48½, Bankverein 110,25, Anglo-Austrian — Schwach.

Wien, 11. April. (Mendbörse.) Ungarische Kreditaktien 312,00, österr. österr. Kreditaktien 316,30, Franzosen 341,50, Lombarden 148,40, Galizier 308,50, Nordwestbahn 206,50, Elbthal 228,25, österr. Papierrente 78,42½, do. Goldrente 98,20, ungar. 6 pSt. Goldrente 120,50, do. 4 pSt. Goldrente 90,00, do. 5 pSt. Papierrente 83,20, Marknoten 58,52½, Napoleons 9,48½, Bankverein 109,90. Pariser Notierungen drücken.

Paris, 11. April. (Schluß-Course.) Bewegt. 3proz. amortisirt. Rente 80,40, 3proz. Rente 79,45, Anleihe de 1872 113,60, Italien. 5proz. Rente 91,05, Oesterr. Goldrente 83½ epl., 6proz. ungar. Goldrente —, 4proz. ungar. Goldrente 77½, 5proz. Russen de 1877 92½, Franzosen 727,50, Lombard. Eisenbahn-Aktien 321,25, Lombard. Prioritäten 293,00, Türken de 1865 12,10. Türkenloose 57,75, III. Orientanleihe —. Credit mobilier 360,00, Spanier neue 64½, do. inter. —, Suezkanal-Aktien 2521,00, Banque ottomane 762,00, Union gen. —, Credit foncier 1332,00, Egvpter 387,00, Banque de Paris 1055, Banque d'escompte 510,00, Banque hypothecaire —, Lond. Wechsel 25,40, 5proz. Rumänische Anleihe —.

Foncier egyptien 612,00. London, 11. April. Consoles 102½, Italien. 5proz. Rente 90½, Lombarden 12½, 3proz. Lombarden alte 11½, 5proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 86, 5proz. Russen de 1872 85½, 5proz. Russen de 1873 87½, 5proz. Türken de 1865 12, 3proz. fundirt. Amerik 105½, Oesterr. österr. Silberrente 66½, do. Papierrente —, 4proz. ungar. Goldrente 76½, Oesterr. Goldrente 83, Spanier 64½, Egvpter 76½, Ottomanbank 20½, Preuß. 4proz. Consoles 101. Fester. Silber — nominell. Plazdiskont 2½ pSt. In die Bank fließen heute 10,000 Pfd. Sterl. Aus der Bank fließen heute 96,000 Pfd. Sterl. nach Holland. Petersburg, 11. April. Wechsel auf London 23½, II. Orientanleihe 92. III. Orientanleihe 92½. Newyork, 10. April. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 84½, Wechsel auf London 483, Cable Transfers 4,86, Wechsel auf Paris 5,19½, 3proz. fundirt. Anleihe 102, 4proz. fundirt. Anleihe von 1877 119½, Erie-Bahn 38½, Central-Pacifc-Bonds 114½, Newyork Centralbahn-Aktien 127½, Chicago- und North Western-Eisenbahn 154.

Geld leich, für Regierungsbonds 4 für andere Sicherheiten 3 Prozent. Produkten-Course. Weizen hiesiger loco 19,50 fremder loco 20,50, per Mai 19,80, per Juli 20,15, per November 20,40, Roggen loco 14,50, per Mai 14,45, per Juli 14,75, per Noobr. 15,10, Hafer loco 14,50, Rüböl loco 41,20, pr. Mai 41,00, per Oktober 33,10.

Hamburg, 11. April. (Getreidemarkt.) Weizen loco unveränd., auf Termine rubig, per April-Mai 187,00 Br., 186,00 Gd., per Juli-August 192,00 Br., 191,00 Gd. — Roggen loco unveränd., auf Termine rubig, per April-Mai 186,00 Br., 185,00 Gd., per Juli-August 141,00 Br., 140,00 Gd. — Hafer und Gerste unveränd. Rüböl loco 79,00, Mai 79,00. — Spiritus still, per April 41 Br., per Mai-Juni 41 Br., per Juli-August 41½ Br., per August-Sept. 42½ Br. — Raffee fest, aber rubig, Umsatz 4500 Sad. — Petroleum matt, Standard white loco 7,90 Br., 7,80 Gd., per April 7,75 Gd., per August-Dezember 8,30 Gd. Wetter: Schön.

Wien, 11. April. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 9,95 Gd., 10,00 Br., per Herbst 10,25 Gd., 10,30 Br. Roggen per Frühjahr 7,60 Gd., 7,65 Br., per Herbst 7,90 Gd., 7,95 Br. Hafer pr. Frühjahr 6,75 Gd., 7,00 Br. Mais (internationaler) pr. Mai-Juni 6,88 Gd., 6,93 Br.

Pest, 11. April. Produktenmarkt. Weizen loco schleppend, per Frühjahr 9,75 Gd., 9,80 Br., per Herbst 10,07 Gd., 10,10 Br. — Hafer per Frühjahr 6,50 Gd., 6,52 Br., per Herbst 6,55 Gd., 6,60 Br. Mais pr. Mai-Juni 6,50 Gd., 6,52 Br. Rohtraps pr. Aug.-September 14½.

Paris, 11. April. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen träge, per April 25,10, per Mai 25,60, per Mai-August 26,40, per Juli-August 26,75. — Roggen fest, per Mai-August 16,25, per Juli-August 18,00. — Mehl 9 Marques rubig, per April 55,75, per Mai 56,50, per Mai-August 57,60, per Juli-August 58,10. — Rüböl rubig, per April 107,00, per Mai 107,25, per Mai-August 101,50, per Sept.-Debr. 85,25. Spiritus träge, per April 54,25, per Mai 53,00, per Mai-August 52,75, per September-Dezember 51,75. — Wetter: Schön.

Paris, 11. April. Rohwäde 88° loco rubig, 53,00. Weiser Zucker behauptet, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. per April 60,75, per Mai 61,00, per Mai-August 61,60, per Oktober-Januar 60,60. Petersburg, 11. April. (Produktenmarkt.) Talg loco 75,00, pr. August 73,00. Weizen loco 13,75. Roggen loco 9,10. Hafer loco 4,80. Hanf loco 34,50. Leinsaat (9 Pud) loco 14,25. — Wetter: —.

Antwerpen, 11. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 19 bez. und Br., per April — Br., per Mai 19½ Br., per Sept. 20½ Br., per Sept.-Dezember 20½ Br. Rubig. Amsterdam, 11. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen pr. Mai 272, per November 278. Roggen pr. Mai 163, per Okt. 173. Amsterdam, 11. April. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, per Mai 168, per Oktober 173. Naps per Mai —, per Herbst — fl. Rüböl loco 43, per Mai 41½, per Herbst 36½.

Amsterdam, 11. April. Bancazim 58½. London, 11. April. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 38,300, Gerste 7600, Hafer 12,600 Dts. Weizen, Mais und Mehl träge, Gerste fest, Hafer unverändert. London, 11. April. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letzten Montage: Weizen 38,340, Gerste 7600, Hafer 12,600 Dts. Weizen träge, unverändert, angekommene Ladungen williger, Mehl und Mais flau, Hafer rubig, schwedischer Hafer und Gerste fest. London, 11. April. Havannazucker Nr. 12 23½ nominell. Centrifugal Cuba —. London, 11. April. An der Küste angeboten 11 Weizenladungen. Wetter: Ralt.

Liverpool, 11. April. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 B., davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner fest, Surats unverändert. Middl. amerikanische April-Lieferung 5½, Mai-Juni-Lieferung 5½, Juli-August-Lieferung 5½, September-Oktober-Lieferung 5½, November-Dezember-Lieferung 5½ d. Liverpool, 11. April. Getreidemarkt. Weizen i. d. niedriger, Mais stetig, Mehl matt. — Wetter: Schön.

Glasgow, 11. April. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 47 sh. 4 d. Hull, 10. April. (Getreidemarkt.) Fremder Weizen sb. billiger. — Wetter: Schön.

Newyork, 10. April. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10½, do. in New-Orleans 9½. Petroleum Standard white in Newyork 8½ Gd., do. in Philadelphia 8½ Gd., rohes Petroleum in New-York 7½, do. Pipe line Certificated — D. 90 C. — Mehl 4 D. 10 C. — Nother Winterweizen loco 1 D. 18½ G. do. per April 1 D. 16 C., do. pr. Mai 1 D. 17½ C., do. pr. Juni 1 D. 18½ C. Mais (New) — d. 65½ C. — Zucker (Fair refining Muscovado) 7, Raffee (fair Rio-) 9½, Schmalz Marke (Wilcox) 11½, do. Fairb. 11½, do. Robe u. Brothers 11½, Sved 10½. Getreidefracht nach Liverpool 2½.

Newyork, 10. April. Der Werth der in der vergangenen Woche hier ausgeführten Produkte betrug 7,501,000 Dollars. Bromberg, 11. April. [Bericht der Handelskammer.] Weizen unverändert, hochbunt und glasig feinsten 180—182 M. gute gesunde, Mittel-Qualität 165—176 M. hellbunt, mit etwas Aufwuchs, 145—160 M. abfallende Qualität klamm und bezogen 115—135 M. — Roggen fester, loco inländischer feinsten 122—124 M. mittlere Qualität 117—120, abfallende Qualität 110—115 M. — Gerste nominell feine Brauwaare 125—135 M. große Mäulergerste 115—122 M. kleine Futtergerste 100—110 M. — Hafer loco 100—120 M. — Erbsen, Rothwaare 145—155 M. Futterwaare 115—125 M. — Mais, Rübren und Haps ohne Handel — Spiritus höher, pro 100 Liter à 100 Prozent 50,50—51 M. — Rubelkurs 201,75 M.

Stettin, 11. April. [An der Börse.] Wetter: Bewölkt. + 5° R. Barometer 28,5. Wind: NO. Weizen fester, per 1000 Rilo loco gelber 170—186 M. Karf, weißer 170—186 M. Karf, geringer und feuchter 126—160 M. Karf, per April-Mai 188,5—190—189,5 M. bez., per Mai-Juni 190—190,5 M. bez., per Juni-Juli 191—191,5 M. bez., per Juli-August 193 M. bez., per September-Oktober 195 M. Gd. — Roggen Anfangs matt, Schlus fester, per 1000 Kilogramm loco inländischer 116—132 M., geringer und feuchter — M., per April-Mai 135,5—136,5 M. bez., per Mai-Juni 136,5—138 M. Karf bez., per Juni-Juli 139—140 M. Karf bezahl, per Juli-August 142 M. bez., per September-Oktober 143,5 bis 144 M. Karf bez. — Gerste unverändert, per 1000 Rilo loco Märfen, Oeberbruch gemöhnliche 115 bis 120 M. Karf, bessere 120—124 M. Karf, feine 130—150 M. Karf. — Hafer stille, per 1000 Rilo loco Pommerischer 105 bis 117 M. — Wintererbsen still, per 1000 Kilogramm per April-Mai — M. bez., per September-Oktober 292 M. bez. — Wintertraps per 1000 Rilo — M. — Rüböl stille, per 100 Rilo loco ohne Faß bei Reingkeiten flüssiges 79 M. Br., abgel. Anmeldung —, per April-Mai 78 M. bez., per Mai Juni 79 M. Karf Br., per September-Oktober 64 M. bez. u. B. — Spiritus behauptet, per 10,000 Liter-St. loco ohne Faß 52 M. bezahl, mit Faß — M. bez., kurze Lieferung ohne Faß — M., per April-Mai 52,3—52,4 M. bez. und Br., per Mai-Juni 53 M. bez., B. u. G., per Juni-Juli 53,7 M. Br. und Gd., per Juli-August 54,5 M. Br. und G., per August-September 55 M. B. u. Gd., per September-Oktober 53,8 M. Br. — Angemeldet: 4900 Str Weizen, — Str. Roggen, 200 Str. Rüböl, — Liter Spiritus. — Regulirungsrente: Weizen 189,5 M., Roggen 136 M., Rübren — M., Rüböl 78 M., Spiritus 52,4 M. — Petroleum loco 3,15 M. Karf trans. bez., Regulirungspreis 8,15 M. tr., alte Usance 8,35 M. transito bez., September-Oktober — M. Heutiger Landmarkt: Weizen 176—192 M., Roggen 124—136 M., Gerste 110—122 M., Hafer 115—126 M., Erbsen 145—170 M., Wintererbsen — M., Kartoffeln 72—84 M., Weu 1,5—2 M. Stroß 12—15 M. (Differenz)



Produkten-Börse.

Berlin, 11. April. Wind: —. Wetter: —.
Zehnteilweise fehere Berichte von den auswärtigen Märkten und die im Reichsanzeiger enthaltenen Mitteilungen über den Saatensand...

Spiritus konnte eine anfängliche kleine Besserung nicht behaupten und schloß nach wenig belebtem Geschäft fast ganz wie gestern.
(Rückl.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 130—200 Mark nach Dual, mittel bunter polnischer 170, fein weiß märk. 190 ab Bahn...

und per diesen Monat — G., per April-Mai — M., per Mai-Juni — M., per Juni-Juli — M., per Juli-August — M.
Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto inkl. Sad. Loko und per diesen Monat — Geld, per April-Mai — M., per Mai-Juni — M., per Juni-Juli — M., per Juli-August — M.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 11. April. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit teilweise etwas besseren Courcen auf spekulativem Gebiet.
Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Meldungen boten geschäftliche Anregung, nicht aber. Hier hielt sich die Spekulation Anfangs sehr reserviert, und Geschäft und Umsätze bewegten sich in engen Grenzen.

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten sich zumeist gut behaupten, erscheinen aber teilweise etwas schwächer.
Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige blieben zumeist fest bei mäßigen Umsätzen.

Ungarische Goldrente ziemlich fest, andere fremde Renten ruhig und wenig verändert.
Deutsche und preussische Staatsfonds fest und mäßig belebt, von inländischen Eisenbahnprioritäten waren 4prozentige höher gefragt.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franken = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden sächs. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 2 Mark. 100 Rouble = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien, Berlin-Dresd. St.-G., etc. Lists various financial instruments and their prices.